Göttinger Tageblatt Eichsfelder Tageblatt

PARTNER IM RND REDAKTIONSNETZWERK DEUTSCHLAND

Flüchtlingshilfe

10:33 Uhr / 05.02.2022

Flüchtlinge: Göttinger Initiative fordert dezentrale Unterbringung

Geflüchtete Menschen, die das Land Niedersachsen der Stadt Göttingen zuteilt, sollen anstatt in Sammelunterkünften in Wohnungen untergebracht werden. Das fordert eine Initiative aus mehreren Vereinen und Institutionen. Die Vertreter hoffen nun auf ein Interesse am Thema bei den politischen Vertretern in der Stadt.



Göttingen. Die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen will eine neu formierte Göttinger Initiative erreichen. Die derzeitige Wohnunterbringung in Massenunterkünften in der Stadt Göttingen sollte hinterfragt werden, heißt es in einem Positionspapier. Hinter der Initiative stehen Vertreter mehrerer Vereine und Institutionen. Am Freitagmittag sollte das Initiativpapier vor dem Neuen Rathaus an Vertreter des Rates und der Verwaltung übergeben werden. Es seien alle Fraktionen eingeladen worden, hieß es. Allerdings ließ sich von den Eingeladenen niemand sehen. „Wir werden den Adressaten das Initiativpapier per Email zukommen lassen“, sagt Marcus Beyer im Namen der Initiative.

Erstunterzeichner der Göttinger Initiative sind:

AK Asyl, AK Soziale Kämpfe der Basisdemokratischen Linken, Außenreferat Asta Göttingen, Bündnis Gutes Wohnen für Alle, FiA – Frauen in Aktion, Frauen-Notruf, Göttinger Initiative Büger*Asyl – Jetzt!, Kore e.V., Medinetz, Netzwerk Solidarity City, Our House, der Verein Plea, das Roma Center, SaKuKu – Salon für Kunst und Kultur, Seebrücke Göttingen. Der vollständige Name der Interessensgruppe lautet: Göttinger Initiative für unmittelbare, dezentrale, bedarfsorientierte Wohnunterbringung und anschließendes Mietwohnen für Geflüchtete.

Göttingen als Modell für andere Städte

Mit dem Papier soll der Weg für eine Neuausrichtung bei der Unterbringung Geflüchteter eingeschlagen werden. Nach eingehender

Beschäftigung und Sichtung bundesweiter Studien sei die Initiative zu der Auffassung gelangt, „dass in Göttingen die Notwendigkeit gegeben und das Potenzial vorhanden ist, das Thema dezentrale Wohnunterbringung und anschließendes Mietwohnen strukturell umzusteuern“. In der Stadt würden von diesem Weg nicht nur neu hinzuziehende und eingesessene Göttinger profitieren. Göttingen könnte bundesweit als Modell für andere vergleichbare Städte und Kommunen dienen. Allerdings müsste jetzt von der Politik der Mut aufgebracht werden, etablierte Prozesse und Strukturen zu hinterfragen, sprich: die vorhandenen Sammel- beziehungsweise Massenunterkünfte.

GT/ET-Update – Der Newsletter

Die wichtigsten Nachrichten aus Göttingen, dem Eichsfeld und darüber hinaus täglich um 17 Uhr in Ihrem E-Mail-Postfach.

E-Mail-Adresse eingeben

ABONNIEREN

Mit meiner Anmeldung zum Newsletter stimme ich der Werbevereinbarung zu.

Beyer hebt hervor, dass geflüchtete Menschen in Niedersachsen, wenn sie einer Kommune zugeteilt worden sind, unmittelbar in Wohnungen untergebracht werden könnten. Das niedersächsische Landesaufnahmegesetz sehe das vor. Es sei ein Irrglaube, davon auszugehen, dass Flüchtlinge zunächst einmal in Sammelunterkünften zusammengeführt werden müssten. Jedoch würden die Mehrheitsparteien im Rat der Stadt Göttingen an einer systematischen Erstunterbringung in Massenunterkünften festhalten.

Kritik an nächtlichen Zimmerkontrollen

Inakzeptabel sei die lange Verweildauer in den Unterkünften. In der Container-Unterkunft an der Europa-Allee betrage sie bis zu vier, auf den Zietenterrassen sowie im Lager Carl-Gieseke-Straße im Groner Industriegebiet bis zu fünf Jahre. Die Menschen in den Unterkünften müssten nächtliche Zimmerkontrollen über sich ergehen lassen. Die Verwaltung händige Zimmerschlüssel an „Abschiebebehörden aus, damit diese nachts in gesetzlich geschützte Schlafräume eindringen können“, heißt es seitens der Initiative. Würden Flüchtlinge versuchen, in eine eigene Wohnung zu ziehen, würden ihnen oft Steine in den Weg gelegt.

Erste Nächte in einem Welcome-Haus

Eine unmittelbare, dezentrale und bedarfsorientierte Wohnunterbringung würde bedeuten, dass Flüchtlingen in Göttingen zuerst einmal für die ersten Nächte ein Schlafplatz in einem Welcome-Haus angeboten wird. Standard: Ein Zimmer pro Person. Als Welcome-Haus würde sich etwa das leerstehende Fridtjof-Nansen-Haus eignen. In einem zweiten Schritt könnten sich Geflüchtete Wohnungen anschauen. Finde sich nichts, würden sie übergangsweise in ein Hotel in Innenstadtlage ziehen. Bei der Wohnungsvermittlung müssten die Bedarfe der Menschen nach Ruhe, Anschluss an die „eigene Community“ oder Barrierefreiheit genauso berücksichtigt werden wie der Wunsch, mit Freunden, Freundin, in Wohngemeinschaft oder allein

leben zu wollen. Eine Mietkaution könnte die Stadt Göttingen für Geflüchtete übernehmen.

Lesen Sie auch

- Gewalt an Frauen: Vier ehemalige Bewohnerinnen des Frauenhauses Göttingen erzählen ihre Geschichte
- 30 Jahre Migrationszentrum Göttingen: Zwischen Aufbruch, Umbruch und Finanznot
- Generation heimatlos: geflüchtet aus Hongkong

Gemeinsam mit den Betreibern der Sammelunterkünfte, wie Bonveno und den Johannitern, sollte jetzt in Ruhe aber ernsthaft ein Konzept entwickelt werden. Die städtische Wohnungsbau GmbH sollte ins Boot geholt werden, damit mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird.

Status quo: Ghettos in Göttingen

Alle Menschen in Göttingen hätten das Recht, in einer Wohnung zu leben, wird von der Initiative unterstrichen. Auf Nachfrage heißt es, dass dezentrales Wohnen auf jeden Fall finanzierbar sei, wie ein Sprecher der Gruppe Our Home versichert. Unter dem Strich könne es sogar preiswerter sein als die Unterbringung in Sammelunterkünften. Peter Gertz von Our Home geht davon aus, dass Vertreter der Initiative jetzt von Mitgliedern des Rates zu Gesprächen eingeladen werden. So wie es ist, könne und sollte es nicht bleiben. „Wir haben Ghettos in Göttingen“, beklagt Marcus Beyer.

Von Ulrich Meinhard

Göttinger Tageblatt Eichsfelder Tageblatt

Citipost Göttingen | Radio.de